

Kleine Anfrage

der Abg. Monika Stolz CDU

KM Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welcher Entwicklung der Schülerzahlen wird an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdischingen sowie der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach aufgeschlüsselt nach Einzugsgemeinden in den kommenden Jahren gerechnet?
2. Hält sie aufgrund dieser Prognosen den Bestand eines Schulstandortes oder mehrerer dieser Schulstandorte mittel- oder langfristig für bedroht?
3. Welche Gespräche über die Zukunft der Schulstandorte mit welchen Ergebnissen wurden bisher mit den Vertretern der beteiligten Schulträger geführt?
4. Auf welche Weise beabsichtigt sie, neben den Schulträgern auch Vertreter der Schulen sowie der Eltern und Schüler der betroffenen Schulen einzubeziehen?
5. Beabsichtigt sie, wie es das Konzept der regionalen Schulentwicklung vorsieht, ein „Dialog- und Beteiligungsverfahren“ mit allen betroffenen Kommunen einzuleiten?
6. Ist das Verfahren der regionalen Schulentwicklung ergebnisoffen oder ist von Landesseite eine Schließung einer der Schulen beabsichtigt?
7. Nach welchen quantitativen und qualitativen Kriterien identifiziert sie Schulstandorte, an denen Klassen aus mehreren Gemeinden zusammengelegt werden?
8. Welche Gründe rechtfertigen es, der Werkrealschule Dellmensingen eine jahrgangsübergreifende Beschulung der fünften und sechsten Klasse zum kommenden Schuljahr zu verwehren und damit das Ende einer weiterführenden Schule zu besiegeln, noch bevor eine regionale Schulentwicklungsplanung eingeleitet wurde?

05.06.2013

Dr. Stolz CDU

B e g r ü n d u n g

Das von der Landesregierung vorgestellte Konzept der regionalen Schulentwicklung zielt darauf, zwischen benachbarten Schulträgern einen Konsens über die zukünftigen Schulstandorte zu erreichen. Jede vorhergehende Entscheidung, Eingangsklassen nicht einzurichten und Schülerinnen und Schüler anderen Schulen zuzuweisen, schafft dagegen irreversible Tatsachen. Es gilt daher, erstens die sachlichen Gründe für eine Entscheidung über die zukünftigen Schulstandorte transparent zu machen und zweitens ein faires und ergebnisoffenes Verfahren unter Einbezug der betroffenen Schulträger, Schulen sowie Eltern- und Schülervertreter sicherzustellen.